



## **Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. im Rat der Stadt Köln**

Fraktion pro Köln - Markmannsgasse 7 - 50667 Köln

[www.pro-koeln-online.de](http://www.pro-koeln-online.de)

# **Pressemitteilung**

Telefon: 0221 / 221 - 9 15 12

Bitte der Redaktion vorlegen!

Telefax: 0221 / 221 - 9 15 15

Köln, den 07.10.2006

## **Schrammas Super-GAU**

„Die EU-Kommission wird aller Voraussicht nach die Auftragsvergabe für den Bau der Kölner Messehallen als unrechtmäßig rügen, der Stadt Köln droht eine Blamage von schmerzlichem Ausmaß.“ So kommentiert der „Kölner Stadt-Anzeiger“ am 7. Oktober 2006 die aktuelle Entwicklung im Messeskandal. Das Ausmaß der finanziellen Nachteile, die der Stadt Köln - nicht den Politikern, wohlgermerkt, sondern den Steuerzahlern - drohen, ist wahrlich schmerzlich und wird von Kennern im dreistelligen Millionenbereich vermutet.

Als GAU bezeichnet man bekanntlich einen „Größten Anzunehmenden Unfall“, und es ist gewiß nicht übertrieben, die Möglichkeit von Zwangsgeldern oder Schadensersatzforderungen in dieser Größenordnung im Zusammenhang mit der Kölner Haushaltslage im GAU-Bereich einzustufen. Die Katastrophe ist hausgemacht. Verantwortlich sind die Ratsmitglieder von CDU, SPD, Grünen und FDP, die den Verzicht auf öffentliche Ausschreibungen abgesehnet haben - angeführt von Oberbürgermeister Fritz Schramma. Mit fachlicher Hilfe des Stadtkämmerers Peter-Michael Soénius.

Das darf nicht ohne Konsequenzen bleiben! Die Fraktion pro Köln hat deshalb für die nächste Ratssitzung am 24. Oktober einen Antrag eingebracht, der lautet: „Der Rat der Stadt Köln fordert den Oberbürgermeister Fritz Schramma und den Stadtkämmerer Peter-Michael Soénius auf, von ihren Ämtern zurückzutreten.“

Begründung:

„Oberbürgermeister und Stadtkämmerer sind vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung im Messeskandal für die Stadt Köln zu einer unerträglichen Belastung geworden. Beide haben den Verzicht auf eine öffentliche, europaweite Ausschreibung der Aufträge für den Bau der neuen Messehallen in Deutz zu verantworten. Dadurch droht der Stadt Köln ein wirtschaftlicher Schaden in dreistelliger Millionenhöhe. Das Ausmaß des Versagens der Kölner Stadtspitze muß in diesem Zusammenhang als historisch singulär bewertet werden. Da die Herren Schramma und Soénius selbst nicht den Mut aufbringen, die mittelfristig ohnehin unvermeidbaren Konsequenzen zu ziehen, kommt dem Rat die Aufgabe zu, das Ausscheiden dieser beiden Personen aus dem städtischen Dienst zu beschleunigen und ihren Amtsverzicht öffentlich einzufordern.“

Und auch die CDU-, SPD-, Grünen- und FDP-Ratsmitglieder sollen nicht ungeschoren davonkommen. Denn pro Köln fordert in einem zweiten Antrag, „zu überprüfen, welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen, einen der Stadt Köln im Zusammenhang mit dem Bau der neuen Messehallen in Deutz eventuell entstehenden wirtschaftlichen Schaden gegen jene Ratsmitglieder geltend zu machen, die der Vergabe der diesbezüglichen Aufträge ohne vorherige europaweite Ausschreibung zugestimmt haben.“

Denn:

„Der Stadt Köln droht im Zusammenhang mit dem Messeskandal eine finanzielle Katastrophe. Der 'Kölner Stadt-Anzeiger' vom 07.10.2006 zitiert den Kölner Rechtsanwalt Oliver Hattig, der als Fachmann für Vergabefragen gilt, mit dem Hinweis, in vergleichbaren Fällen, in denen Großprojekte nicht ausgeschrieben worden seien, hätte die EU-Kommission eine Rückabwicklung der Geschäfte verlangt und für den Fall der Verweigerung Zwangsgelder in Höhe von 130.000 täglich für die gesamte Laufzeit des Vertrages angedroht. Gestützt auf ein Interview mit demselben Anwalt spekuliert die ‚Bild‘-Zeitung vom 07.10.2006, die Rückabwicklung könnte für die Stadt Kosten in Höhe von rund 600 Millionen Euro mit sich bringen.

Zusätzliche Ausgaben in dieser Größenordnung können von der Stadt Köln aufgrund der desolaten Haushaltslage nicht getragen werden. Die Ratsmitglieder sind gegen Schadensersatz-Ansprüche versichert. Zur Abwendung eines Nothaushaltes ist es deshalb unverzichtbar, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuloten, die bestehen, um den finanziellen Schaden auszugleichen, der durch den Verzicht auf öffentliche Ausschreibungen im Zusammenhang mit dem Bau der neuen Messehallen in Deutz entstehen könnte.

Jeder Teilnehmer des wirtschaftlichen Wettbewerbs muß für finanziell nachteilige Folgen seines Verhaltens einstehen. Die Stadt Köln kann es sich weder wirtschaftlich, noch politisch, noch moralisch leisten, von dieser Regel für Politiker weiterhin eine Ausnahme zu machen.“

Dazu erklärt die Vorsitzende der Fraktion pro Köln, Rechtsanwältin Judith Wolter:

„Von Ratsmitgliedern, die dem Messebau zugestimmt haben, bekam ich die Ausrede zu hören, sie hätten spät Abends bei der

Abstimmung nicht genau gewußt, was in der Vorlage gestanden hat. Warum aber haben sich diese Leute in den Stadtrat wählen lassen, wenn sie die Verwaltungsvorlagen nicht lesen oder außerstande sind, deren Inhalt zu verstehen? Es kann nicht richtig sein, daß der Normalbürger bei jeder Gelegenheit zur Kasse gebeten wird, während Politiker für die Allgemeinheit immensen Schaden anrichten können, ohne dafür geradestehen zu müssen. Pro Köln fordert: ‚Gleiches Recht für alle!‘

Und daß Schramma und Soénius nach alledem für unsere Stadt untragbar geworden sind, dürfte sich wohl von selbst verstehen.“

*verantwortlich: Manfred Rouhs*

Diese Pressemitteilung ist als PDF-Datei abrufbar unter [www.pro-koeln-online.de](http://www.pro-koeln-online.de)